Dreizehn Monate

Über zwei Wikileaks-Anklagen und die US-Dollarnote

#Wikileaks #Assange #FreeAssangeNOW

Die Dreizehn gilt in vielen Kulturen als Unglückszahl. Eine extrem irrationale, abergläubische Angst vor allem, was mit der Zahl 13 zu tun hat, hat sogar einen eigenen Namen: Triskaidekaphobie. Menschen mit dieser Phobie gehen so weit, dass sie Räume und Stockwerke mit der Zahl 13 meiden. So gibt es in einigen Gebäuden auf der ganzen Welt kein dreizehntes Stockwerk. Andererseits wird die Dreizehn von vielen auch als Glückszahl angesehen. Jüdische Jungen zum Beispiel feiern ihre Bar-Mizwa, wenn sie 13 Jahre alt sind und zum religiösen Leben angekommen sind. Auf dem amerikanischen Ein-Dollar-Schein ist 13 mal die Zahl 13 versteckt, eine Anspielung auf die ursprünglichen 13 Gründungsstaaten der USA an der Ostküste. Auch der Handle von Rock-Superstar Taylor Swift auf der Social-Media-Plattform X fügt eine scheinbar unbedeutende 13 ihrem vollständigen Namen hinzu.

Dreizehn ist auch so ziemlich genau die Anzahl der Monate zwischen zwei berüchtigten Anklageschriften des US-Justizministeriums (DOJ) von 2018 bis Mai 2019, welche die Grundlage für die jahrelange Inhaftierung von Wikileaks-Gründer Julian Assange bilden.

Vor 2018 wurde Assange vor allem von Göteborg aus von einer schwedischen Staatsanwältin namens Marianne Ny wegen einer angeblichen *"Vergewaltigung"* zweier Frauen im August 2010 strafrechtlich verfolgt, die angeblich in oder bei Stockholm stattgefunden haben soll. In Stockholm war Assange jedoch bereits im August 2010 von Oberstaatsanwältin Eva Finne von allen Vorwürfen einer angeblichen *"Vergewaltigung"* freigesprochen worden. Vielleicht deshalb wurde der gesamte Fall damals schnell an die Westküste Schwedens verlegt, weit weg von Stockholm, und einen guten Monat später wieder neu aufgenommen. Die neue Göteborger Staatsanwältin hatte seitdem wohl so um die dreizehn böse Tricks und Fallen in die juristische Arena geworfen -

Göteborger Staatsanwältin Marianne Ny

die vielen skandalösen Vorgänge rund um Assanges Göteborger Verfolgungen sind inzwischen gründlich untersucht und belegt, auch durch FOIA-Dokumente.

Mitte 2017 verkündete eine schwedische Staatsanwältin während der eher kurzlebigen, aber äußerst fröhlichen schwedischen Maifrühlingsstimmung, dass das Verfahren gegen Assange eingestellt werde. Man hätte erwartet, dass zur selben Mai 2017 Zeit im US-Justizministerium eine ähnliche frühlingshafte Aufbruchstimmung herrschen würde, doch stattdessen zogen zu diesem Zeitpunkt ziemlich dunkle Wolken über Washington, DC auf.

Ein paar Monate zuvor war Donald Trump als 45. Präsident der USA vereidigt worden. Der eher unsichtbare US-Staatsapparat versammelte sich danach unverzüglich in Washington, DC und startete einen Angriff nach dem anderen, um Trump schnellstmöglich aus dem Weißen Haus wieder zu vertreiben. Eine mittlerweile entlarvte Narrative über geheime Absprachen mit Russland wurde in die Welt gesetzt, Trump wurde unter dem Trommelfeuer der Mainstream-Medien sogar persönlich vorgeworfen, ein direkter Spion für Russland gewesen zu sein. Ein Sonderermittler wurde ernannt, um die sehr angeblichen, geheimen Absprachen von Trumps politischer Kampagne mit Russland zu untersuchen. Dies zur exakt gleichen Zeit, als das *"Vergewaltigungsverfahren"* gegen Julian Assange in Göteborg - wie Jahre bereits zuvor in Stockholm auch - zum zweiten Mal eingestellt wurde.

Am 17. Mai 2017, genau zwei Tage bevor Staatsanwältin Marianne Ny das Verfahren gegen Julian Assange in Göteborg, Schweden, offiziell schliessen wird, ernannte der stellvertretende US-Justizminster Rod Rosenstein - zweiter Mann nach Justizminister Jeff Sessions - den ehemaligen FBI Direktor Robert S. Mueller III zum Sonderbeauftragten für Ermittlungen bezüglich angeblich illegaler Verbindungen zwischen Präsident Trumps Wahlkampf-Team und russischen Beamten. Normalerweise übernimmt der US-Justizminister die Aufgabe, einen so wichtigen Sonderberater mit enormen Befugnissen zu ernennen. Seltsamerweise aber hatte sich Jeff Sessions aus dieser Sache zuvor wegen angeblicher Befangenheit zurückgezogen um diese Verantwortung an Rod Rosenstein zu übergeben. Dieser wiederum ernannte als Sonderbeauftragten Robert Mueller, den langjährigen Freund des gerade entlassenen FBI-Direktors James Comey.

Rod Rosenstein, James Comey und auch Robert Mueller waren nicht wirklich Freunde des neu gewählten Präsidenten Donald Trump. Tatsächlich schmiedeten sie schon lange vor Trumps Amtsantritt Pläne, um ihn potenziell erpressbar von seinen eigenen Justiz- und Geheimdienstorganisationen abhängig zu machen.

Nachdem Robert Mueller mit seinem hochdemokratischen Anwaltsteam - darunter Andrew Weissman, dem laut Aussagen ehemaliger US-Justizbeamter *"Aushängeschild für staatsanwaltschaftliches Fehlverhalten schlechthin"* - seine Angel-Expedition gegen Trumps Mitarbeiter, Anwälte und Familienmitglieder Mitte 2017 begann, ließ das Weiße Haus im August 2017 einen US-Kongressabgeordneten namens Dana Rohrabacher an Julian Assange herantreten um ihm ein Angebot für eine mögliche Begnadigung durch den US-Präsidenten zu unterbreiten. Assange wurde aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, dass Russland nicht hinter dem DNC-Hacking von 2016 steckte. Ebenso sollte man die Wikileaks-Quelle für die auf der Webseite veröffentlichten Clinton-E-Mails zu preisgeben - eine Angelegenheit von etwas vor den US-Wahlen von 2016, welche massive Auswirkungen auf Trumps gesamte Präsidentschaft hatte.

Offenbar konnten Rohrabacher und Assange keine Einigung erzielen, denn ein weiteres halbes Jahr später, am 6. März 2018, erließ das ausgesprochen trumpfeindliche US-Justizministerium eine erste

versiegelte Anklageschrift gegen Julian Assange. Das Datum dieser Anklageschrift ist deshalb interessant, weil sich damals nur drei Wochen vorher der oben genannte stellvertretende US-Justizminister Rod Rosenstein persönlich an die Öffentlichkeit wandte. In einer ziemlich merkwürdigen Anklageschrift gegen verschiedene russische Unternehmen und Einzelpersonen, die in den Medien große Aufmerksamkeit erregte, behauptete Rosenstein, dass eine kleinere Anzahl von Personen mit *"hunderten von gefälschten Soziale-Medien-Konten"* zumeist aus St. Petersburg, Russland heraus in der Lage gewesen sein sollten, einen *"Informationskrieg"* gegen das gesamte politische System der USA zu führen und die freien Wahlen in den USA nachhaltig zu stören. Niemand wurde verhaftet, da die angeklagten Personen alle in Russland ansässig waren. Den damals angeklagten russischen Unternehmen gelang es etwas später, deren Verfahren einzustellen, teils sogar die mitunter tragbaren, aber auch hochfliegenden Anschuldigungen Rosensteins zu negieren.

Rod Rosensteins Anklageankündigung vom 16. Februar 2018

Vielleicht wurden die aufgepumpten staatsanwaltschaftlichen Darlegungen auch mit Hilfe von Rod Rosensteins Frau Lisa Barsoomian arrangiert. Die Tochter armenischer Einwanderer war eine bekannte Anwältin in der Kanzlei R. Craig Lawrence in Washington, D.C., die von 1997 bis 2017 Hillary Clinton, sowie Bill Clinton, Barrack Obama, James Comey und sogar Robert Mueller in einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten und -fragen zur Seite stand.

Die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Hacking von Hillary Clintons Wahlkampf-Computerservern

Tracy Doherty-McCormick

beim Demokratischen Nationalkomitee (DNC) sind in diesem Moment wichtig zu erwähnen, weil sie die Initialzündung für lang anhaltende Projektionen auf Russland waren, um von zumeist schwerwiegenden Selbstsabotagen zu eigenem politischen Vorteil abzulenken. Im Juni 2016 wurde ein Softwareunternehmen namens CrowdStrike mit der Untersuchung angeblicher Hackerangriffe auf das

DNC beauftragt, nachdem bekannt geworden war, dass die Server kompromittiert und E-Mails gestohlen worden waren. Offizielle Erklärungen des Geschäftsleiters von CrowdStrike zeigten später, dass es Beweise dafür gab, dass ein Hack *"inszeniert"* worden war. Es wurde aber nie wirklich bewiesen, dass ein solcher tatsächlich auch stattgefunden hatte - geschweige denn von russischen Hackern. Einer unabhängigen forensisch-technischen Analyse zufolge hätten viele die Clinton-E-Mails von den DNC-Servern exfiltrieren können.

Ein genauerer Blick auf die Personen im US-Justizministerium, die für die Anklageschriften gegen Julian Assange verantwortlich sind, offenbart weitere Verstrickungen. Die versiegelte Anklageschrift vom 6. März 2018 wurde vom Gericht für den östlichen Bezirk von Virginia erlassen, ein Gericht, das seit jeher für eine schnelle Bearbeitung von Fällen bekannt ist - es trägt daher den Spitznamen *Rocket Docket*. Verantwortlich für den Inhalt der Assange-Anklageschriften ist eine Staatsanwältin namens Tracy Doherty-McCormick, sie ist eine der Hauptstrafverfolgerinnen. Doherty-McCormick, die von Joe Biden gestützt wird, hält sich in der Öffentlichkeit zurück. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder, einen Bruder und eine Schwester, schätzt das Familienleben(!) und genießt Marathonläufe.

Ungefähr 13 Monate nach der ersten versiegelten Anklageschrift des Eastern District of Virginia wird die US-Bundesanwaltschaft desselben Raketenbezirks im April 2019 sorgfältig eine Grand Jury zusammenstellen und einberufen. Anfang Mai 2019 hatte Wikileaks bereits auf deren Website veröffentlicht, dass eine Grand Jury Ermittlungen durchführt. Am 23. Mai 2019 kehrte diese Grand Jury schließlich mit einer ergänzenden Anklageerhebung gegen Julian Assange zur US-Bundesanwaltschaft in Virginia zurück.

Interessanterweise begann die US-Bundesanwaltschaft in Ost-Virginia mit der Einberufung der Grand Jury gegen Assange genau zu dem Zeitpunkt im April 2019, als Trumps Albtraum Sonderberater Robert Mueller seine Ermittlungen mit wenig bis gar keinen Beweisen für Trumps angeblich so kriminelle Verstrickungen seiner Polit-Kampagne und Mitarbeiter mit Russland abgeschlossen hatte. Nach zwei Jahren Ermittlungen, mehr als 30 Millionen Dollar Ausgaben für 19 Anwälte, 40 FBI-Agenten, mehr als 2.800 Vorladungen, 500 Durchsuchungsbeschlüsse, 13 Ersuchen an das Ausland und mehr als 500 befragten Zeugen hatten die Mitglieder von Muellers Team zwar gutes Geld verdient, konnten aber nicht einmal annähernd darlegen,

Zachary Terwilliger

dass Russland und Trump die E-Mails von Hillary Clinton und damit ihren geplanten Wahlsieg 2016 gestohlen hatten.

Zudem wurde die ergänzende Anklageschrift gegen Julian Assange vom 23. Mai 2019 auch von Zachary Terwilliger unterzeichnet, dem US-Generalstaatsanwalt für den östlichen Bezirk von Virginia, welcher von zwei US-Demokratischen Senatoren in sein Amt eingesetzt wurde. Generalstaatsanwalt Terwilliger stand und steht wahrscheinlich noch immer dem ehemals stellvertretenden US-Justizminister

Rod Rosenstein nahe. Aus FOIA Dokumenten bezüglich Sitzungen für den 26. April 2017 im Gebäude des Justizministeriums in Washington, DC geht hervor, dass Terwilliger bereits vor der Vereidigung Rosensteins als neuer stellvertretender Justizminister ein 30-minütiges Briefing mit diesem und dem Karrierestaatsanwalt Jim Crowell hatte.

3:30 PM - 3:45 PM	**IT Set-up for DAG Rosenstein -- PADAG's Office - Room 4206** Attendees: Chris Greer SeLena Powell Vincent Shuler POC: Nathaniel or Marcia – (b) (6)
4:15 PM - 4:45 PM	**ATF Briefing -- PADAG's Office - Room 4206** Attendees: ODAG: DAG Rosenstein, Jim Crowell and Zach Terwilliger POC: Nathaniel and Marcia – (b) (6)
6:15 PM - 7:15 PM	**Swearing-In of Rod J. Rosenstein as Deputy Attorney General -- Room 4111** Attorney General Sessions will swear-in the DAG at 6:30 p.m.

US-Anwalt Zachary Terwilliger wird von Rod Rosenstein am 26. April 2017 gebrieft

Terwilliger wird mit Rod Rosenstein während der jüdischen Purim-Feiertage 2018 - die in Rosensteins FOIA Sitzungsprotokollen für die ersten Märztage ausdrücklich erwähnt werden - nach San Diego, Kalifornien, reisen, um dort einen Grenzbesuch zu machen. Dort im sonnigen Kalifornien nahm Terwilliger am 1. und 2. März 2018 zusammen mit Rod Rosenstein an insgesamt 20 Treffen oder Veranstaltungen teil. Am Samstag, den 3. März 2018, war Rod Rosenstein wieder zu Hause und ging mit seiner Frau Lisa Barsoomian zu einem Dinner-Gala-Abend im Gridiron Club in The Renaissance in Washington, DC.

Am Montag, dem 5. März 2018, einen Tag vor der ersten versiegelten US-Anklageschrift gegen Julian Assange, hatte Rosenstein zur Mittagszeit ein Treffen mit Justizminister Jeff Sessions. Er wird ein Cyber-Briefing auf Kabinettsebene im National Cybersecurity & Communications Cente in Arlington, VA abhalten - nicht allzu weit vom Eastern Rocket Docket in Virginia entfernt - um gegen 16 Uhr direkt in Jeff Sessions' Büro zurückzukehren. Rosenstein wird eine Stunde später um 17:15 Uhr in einem Vorgespräch US-Staatsanwalt Zerwilliger persönlich vorab informieren. Am Vorabend der offiziellen Erstellung der versiegelten Anklageschrift gegen

Julian Assange durch das US-Justizministerium werden sich dann die ersten hochrangigen Beamten in Rosensteins Büro telefonisch einwählen.

Am 5. März 2018 um 20 Uhr hatte Rosenstein ein Gespräch mit US-Generalstaatsanwalt John Huber und einem gewissen Richard Moore, der höchstwahrscheinlich als Cybersecurity-Experte beim DHS arbeitet und nicht der britische Sir Richard Moore ist. Wir haben uns an Herrn Moore zur Klärung gewandt, bisher aber keine Rückmeldung erhalten. US-Generalstaatsanwalt John Huber aus Utah wurde wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt über die Entscheidung von Jeff Sessions informiert, Behauptungen von Republikanern über Fehlverhalten des FBI im Zusammenhang mit Trump-Ermittlungen zu prüfen, und auch, ob mehr getan werden solle, um Hillary Clintons Verbindungen zur russischen Atombehörde ROSATOM zu untersuchen. Am nächsten Tag, den 6. März 2018, rief der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des US-Repräsentantenhauses, Devin Nunes, in Rosensteins Büro an, ebenso wie der Kongressabgeordnete Mark Meadows aus North Carolina.

Abgeordneter Louie Gohmert bei einer Anhörung des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses am 14. November 2017

Nunes und Meadows hatten möglicherweise versucht, Rosensteins nächste Schritte bezüglich der wenige Wochen zuvor erfolgten, skandalösen FISA-Enthüllungen zu besprechen. Am 2. Februar 2018 wurde durch Nunes ein für das FBI äusserst belastendes Memorandum veröffentlicht, in dem schwere Vorwürfe bezüglich illegaler FISA-Genehmigungen gegen hochrangige Beamte des FBI und des Justizministeriums sowie gegen den Autor des berüchtigten Anti-Trump-Dossiers Christopher Steele erhoben wurden. Einige Tage später erstatteten die US-Senatoren Graham und Grassley Strafanzeige gegen mehrere hochrangige Mitglieder des US-Justizministeriums, sowie gegen Hillary Clinton höchstpersönlich, bei Rod Rosenstein. Am 8. Februar 2018 hatte ein ehemaliger FBI-Informant die Gelegenheit, vor US-Kongressausschüssen auszusagen um zu erklären, wie russisches Geld in die Clinton-Stiftung als Gegenleistung für Unterstützung des Atomenergie-Riesen ROSATOM flossen, dies zumeist über eine Firma mit dem Namen APCO Global. Zu erwähnen ist auch, dass das DNC am 20. April 2018 eine Klage gegen Wikileaks und die Trump-Kampagne eingereicht hatte, die im Juli 2019 von einem Richter in New York abgewiesen wurde.

Ein weiterer seltsamer Zufall ereignete sich ebenso in 2019, genau einen Tag nach Veröffentlichung der zweiten, ergänzenden Anklageschrift gegen Julian Assange. Mit atemberaubend perfektem Timing sollte am 24. Mai 2019, etwa vier Wochen nachdem Rod Rosenstein sein Amt niedergelegt hatte und weniger als 24 Stunden nach Veröffentlichung der neuen Anklageschrift gegen Assange, kein

geringerer als Robert Swan Mueller III. persönlich die Gelegenheit erhalten, bei einer Anhörung des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses zu erscheinen. Dies, um medienwirksam eine Zusammenfassung seiner Ermittlungsergebnisse zu präsentieren, wie sie in dem extrem schwergewichtigen, 400-seitigen Mueller-Bericht dargelegt sind, und ebenso um die vielen Fragen von US-Kongressabgeordneten zu beantworten.

Ähnlich wie bei fehlenden 13. Stockwerken in so manchen Gebäuden hatte niemand auch nur eine einzige Frage zu der am Vortag veröffentlichten Anklage gegen Julian Assange gestellt. Und noch weniger über die versiegelte Anklageschrift etwas mehr als 13 Monate zuvor.

https://www.sun24.news/de/dreizehn-monate-ueber-zwei-wikileaks-anklagen-und-die-us-dollarnote.html